

Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Ratsvorsitzender, Herr Oberbürgermeister.

Wir haben alle ein sehr dramatisches und ereignisreiches Krisenjahr erlebt und seine Folgen sind noch lange nicht vorüber. Meine Vorrednerin und Vorredner haben dazu aus unterschiedlicher Sichtweise sehr unterschiedliche aber deutliche Stellungnahmen zum Ausdruck gebracht.

Die gesamten Zahlen zur Haushaltsmisere will ich nicht nochmals aufzählen, sie wurden bereits ausführlich dargestellt. Der Oberbürgermeister beschreibt eine „Bedrohliche Lage“ und erklärt, es fehlen 200 Millionen Euro Einnahmen in diesem und im nächsten Jahr, er wisse nicht wie es ausgeht und er legt uns dieses Notprogramm vor.

Der Stadtkämmerer spricht von einem „Strudel von Defiziten“ dessen Ende nicht abzusehen ist. Ein großes Risiko sagt er, sind die Zinsausgaben. Die wachsende Verschuldung macht uns anfälliger für Zinserhöhungen die z.B. mit einer Inflation einhergehen können.

Die Schulden belaufen sich auf 607 Millionen Euro ohne die städt. Betriebe einzurechnen. Die Stadt muss 46 Millionen an Zinsen aufbringen, stellt Dr. Hansmann fest und wir sind nicht annähernd in der Lage den Kapitaldienst zu erwirtschaften.

Meine Damen und Herren, aus dieser Situation heraus war ich der festen Überzeugung, dass wir die grundlegenden Bedürfnisse und Belange der Bürgerinnen und Bürger absolut vorrangig zu schützen haben und wir keine weitere Verschlechterung der kommunalen Daseinsvorsorge mehr zulassen können.

Meine Schlussfolgerung aber, war ein Trugschluss.

Konsequenzen hin zur sozialen Gerechtigkeit wird es nicht geben, es soll so bleiben wie es ist.

Die Schere zwischen Arm und Reich wird weiter auseinanderklaffen und mindestens 1/3 der Menschen in unserer Gesellschaft werden der zunehmenden Verarmung ausgesetzt.

Mit dem System der Leiharbeitsverträge, mit Dumpinglöhnen und durch die Hartz IV Gesetze werden diese ungerechten Lebensverhältnisse den Bürgern/Innen aufgezwungen einschließlich weiterer Nachteile aus den daraus folgenden Rentenkürzungen und der damit verbundenen Altersarmut.

Das trifft junge Menschen genauso wie die ältere Generation. Daher ist es ungerechtfertigt beide gegeneinander auszuspielen und sie für die unsoziale Entwicklung verantwortlich zu machen.

Auf kommunaler Ebene folgt der Haushaltsentwurf den üblichen Einschnitten bei den freiwilligen Leistungen und der zusätzlichen Verschlechterung sozialer Einrichtungen. Die CDU möchte zudem die Vorstellungen der Bundesregierung auf die Kommunen übertragen, mit denen Geringverdienende weiter benachteiligt werden können und die FDP sorgt dann für den restlichen sozialen Kahlschlag.

Das entspricht nicht unseren Vorstellungen. Wir suchen den Weg der sozialen Gerechtigkeit und wir werden diesen auch in aller Deutlichkeit aufzeigen. Einige Vorschläge dazu habe ich bereits im Laufe der Ratsperiode vorgebracht, einige weitere möchte ich noch verdeutlichen.

„Vermögen, meine Damen und Herren, das die Gefahr des Missbrauchs wirtschaftlicher Freiheit in sich birgt ist lt. gesetzlicher Bestimmung in Gemeineigentum zu überführen“ so steht es im Art. 39 der Hess. Landesverfassung.

Aber, trotz milliardenschwerer staatlicher Zuschüsse werden Manager und Banken für ihre maßlosen Spekulationsgeschäfte nicht in Haftung genommen. Die Steuerzahler werden dazu benutzt die unberechtigt hohen Managereinkommen nach wie vor sicherzustellen und sie bezahlen die Verluste der Finanzmanipulationen.

Die Banken und Manager profitieren weiterhin und streichen bereits jetzt wieder Spekulationsgewinne ein.

Josef Ackermann als Vorsitzender der Dt. Bank erkannte daher:

„Die so genannten Selbstheilungskräfte des Marktes funktionieren nicht mehr“ Das ist eine glatte Bankrotterklärung des Neoliberalismus. Kaum jedoch waren die staatlichen Subventionen von 480 Milliarden Euro zugesagt warnte dann derselbe Herr Ackermann, jetzt allerdings als Präsident der Großbanken „ vor einer zu scharfen Kontrolle der Finanzmärkte“.

Selbst die minimale staatliche Vorgabe die Managereinkommen auf jährlich 500.000.- € zu beschränken, betrachten sie als „ nicht zu akzeptierende Zumutung“ und die jetzt mühsam und zur öffentlichen Beruhigung abgerungene „Selbstverpflichtungserklärung“ ist dabei nur eine scheinbare Kontrolle.

Die Weltfinanzkrise ist keine plötzlich hereinbrechende Erscheinung.

- wie man uns dies einzureden versucht -

Sie ist auch nicht nur der Gier einiger Bankmanager oder den Finanzhaien zu zuschreiben, die z. B. durch die Aufhebung der Finanzbeschränkungen und durch die Globalisierung angeheizt wurden.

Die Finanzkrise ist eine dem Kapitalismus immanente – also permanent innewohnende Form der Profitmaximierung mit der durch Spekulationen mit fremden Geld - und ohne demokratische Kontrolle - Profite fürs Kapital erwirtschaftet werden sollen.

Geht dieses Spiel mit den Derivaten gut finden die Gewinne private Verwendung, geht es daneben soll sozialisiert werden.

Dieses Prinzip wird von der Finanzwirtschaft weltweit benutzt und ist mit den halbherzigen Vorgaben der Bundesregierung nicht zu stoppen, schon auch deshalb nicht weil mit der Neuregelung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes neue Schlupflöcher gefunden werden können.

Sehr geehrte Damen und Herren,
der Staat ist zwar gezwungen aus den bekannten, den sogenannten systemerhaltenden Gründen einzuschreiten, aber er muss dann auch die Kapital- und Kontrollrechte erhalten um die Arbeitsplätze absichern zu können.

Verantwortungsvolle staatliche Eingriffe gegen diesen Wildwuchs des Kapitals wären gewesen:

1. sofort die Manager mit ihren enorm unangemessenen Einnahmen für ihr Missmanagement verantwortlich zu machen und finanziell in Haftung zu nehmen.
- 2.- Die gewerkschaftlichen Forderungen auf Mitbestimmung der Beschäftigten in Banken und Konzernen im vollen Umfang einzuführen und
3. die Banken, die staatliche Unterstützung - gleich welcher Art - in Anspruch nehmen einer qualifizierten staatlichen Kontrolle zu unterstellen - und zwar dauerhaft, mindestens aber so lange bis sämtliche Zuschüsse einschl. Zins und Zinseszins dem Steuerzahler zurück erstattet sind.

Der Gründer des alternativen Nobelpreises Jakob von Uexküll stellte dazu fest:
„Die Kultur der globalen Gier verliert an Glaubwürdigkeit, denn die Grenzen des Wachstums können nicht mehr verneint werden. Ihre Ideologie hat sich als hohl erwiesen. Das Klimachaos ist ja nur ein Beispiel dafür, dass wir unter einem Systemfehler leiden.“

Sehr geehrte Damen und Herren,
damit wird auch erkennbar, dass das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz - nicht nur wegen der Wortwahl - das falsche Signal für eine sichere Zukunft ist. Über diesen Weg sind jedenfalls die erwünschten Kopenhagener Ziele nicht zu erreichen.

Die Stadt Hannover muss 46 mio. Euro Zinsen an die Banken bezahlen, ohne dass darin die Tilgung der Kredite enthalten wäre. Für diese sind nochmals 35 mio. Euro aufzubringen. Gleichzeitig ist Stadt gezwungen eine Anleihe zur Bewältigung der Kapitalzuführung an die Messe von rund 100 mio. Euro aufzulegen, was wiederum eine Zinslast von über 3,6 % jährlich anfallen lässt. Der Stadtkämmerer erklärt, den Kapitaldienst nicht annähernd erwirtschaften zu können und auch der Herr Oberbürgermeister spricht von einem „Strudel von Defiziten“ und von Ausplünderung der kommunalen Haushalte durch die Eingriffe der Landes- und Bundesregierung.

Der Städtetag wendet sich mit einem Hilferuf, - der Pyrmonter Erklärung - „Lokale Demokratie stärken – Kommunen funktionsfähig erhalten“ an die Bundesregierung um die zugewiesenen Aufgaben noch erfüllen zu können.

Sehr geehrte Damen u. Herren,

in dieser Notsituation des Haushalts müssen diese 46 Millionen Euro Zinsen an die Banken gezahlt werden. Es bleibt unverständlich warum die Banken in doppelter Hinsicht von der Finanzkrise profitieren sollen. Zum einen durch den Milliarden Euro schweren Bankenrettungsschirm und zum anderen durch die gewaltigen Zinszahlungen der Kommunen, die durch sie erst in diese finanzielle Notlage hinein gebracht wurden.

Ein Zinsmoratorium soll erreichen, dass die Banken den Zinssatz den sie bei der EZB oder der Bundesbank bezahlen in gleicher Höhe an die Kommunen weitergeben – ohne einen zusätzlichen Zinsaufschlag als Zwischenhändler zu verdienen. Dieser Zinssatz liegt derzeit bei etwa 0,6 %. Die Stadt Hannover ist ein solventer Kreditnehmer, also kein Risikogeschäft für die Banken. Ein Zinsaufschlag ist daher nicht gerechtfertigt.

Im Haushalt der Stadt könnten damit 46 mio. Euro Zinszahlungen eingespart und für soziale Leistungen zur Verfügung gestellt werden. Dies wäre dann ein tatsächlicher Beitrag zum politischen Gestaltungswillen – wie er so nachdrücklich vom Fraktionsführer der CDU, gewünscht wird.

Übrigens, es besteht bereits nach der „Investitionsoffensive Infrastruktur“ ein Förderprogramm, das mit einer Finanzierung von 0,0 % verwirklicht wird und es wurde bereits bei der Kommunalaufsicht zur Genehmigung vorgelegt. Warum, meine Damen u. Herren, sollte ein solches Programm mit diesem Zinssatz nicht grundlegend erweitert werden können und für die Kommunen zur Anwendung kommen?

Mit den eingesparten Zinszahlungen könnten unsere gesamten Forderungen aus dem Sozial- und Kulturbereich verwirklicht und vielleicht auch einige Schulden getilgt werden.

Wir lehnen die Privatisierung durch die Hintertür ab, wie dies mit der Stadtentwässerung durchgeführt werden soll. Die Übernahme der Azubis ist unsere Forderung bereits von Anbeginn an. Hätten die Fraktionen unserem Antrag sofort zugestimmt wären ihnen und der Stadt peinliche Proteste erspart geblieben.

Die vorgesehenen Gebührenerhöhungen bei den Schwimmbädern und für die Herrenhäuser Gärten sind abzulehnen, da sie überwiegend Geringverdienende belasten.

Unsere Forderungen zur Aufwertung des Hannover- Aktiv-Passes durch ein kostenloses Mittagessen in Schulen u. Betreuungseinrichtungen ist eine althergebrachte Forderung von CDU und Bündnis/Grünen. Jetzt wollen sich beide nicht mehr zu dieser sozialen Grundleistung bekennen. Der Hannover-Aktiv-Pass soll auch mit unseren Anträgen ergänzt werden, Kinder und Jugendlichen sind nach Bescheinigung durch die Schule, Nachhilfestunden kostenlos zu garantieren und einen einmaligen Zuschuss von 100.-Euro für einen Internetanschlusses zu gewähren. Im Jugendhilfeausschuss wurden unsere Anträge von den Beratenden Mitgliedern für notwendig befunden und gemeinsam mit ihnen abgestimmt.

Im Bildungsbereich fordern wir die weitere Schaffung von Hortplätzen und den Ausbau von Ganztagschulen.

Selbstverständlich bleibt unsere Forderung nach Erhalt der Bücherei im FZH Linden nach wie vor erhalten, wie sie auch mit den 25.000

Protestunterschriften aus der Bevölkerung weiterhin unterstützt wird.

Im Kulturbereich besteht unser Antrag zur originalgetreuen Wiederherstellung des Mahnmals zur ewigen Erinnerung für die erschossenen russischen Kriegsgefangenen und ermordeten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter.

Die tendenziöse Berichterstattung in der NP mit der demagogischen Überschrift „Strahlt am Maschsee bald wieder der Sowjet-Stern“ ändert daran nichts. Besonders deshalb nicht weil, wie es in diesem Artikel steht, die Opfer des Faschismus zusammen mit den SS-Angehörigen am Burgwedler Denkmal genannt werden – ohne Protest wird eine derartige Diskriminierung hingenommen, selbst das Friedensbüro oder VVN nehmen keinen Anstoß daran.

Wir wollen endlich etwas zur Renovierung des Denkmals für den unbekanntem Deserteur von der Stadt einfordern, das etwas verwaorlost und damit sehr beschämend für die Stadt Hannover, direkt vor dem Rathaus steht.

Ganz überraschend aber und sehr erfreulich wurde im Kulturausschuss von Herrn Wuttig eine kleine Verbesserung zur Gestaltung des Denkmals kundgetan. Mit einer grünen Umgrenzung und evtl. auch auf einen kleinen Sockel gestellt, soll es anschaulicher gestaltet werden. Im Gedenken an die

unglaubliche, ehemalige Zustimmung der gesamten FDP-Fraktion dazu würde ich fast an eine vorgezogene Weihnachtsbescherung glauben.

Jedenfalls ist diese grundsätzliche Einstellung sehr erfreulich und sehr zu begrüßen. Im Historischen Museum ist eine Ausstellung den Opfern der NS-Militärjustiz gewidmet und mit dem Erlebnisbericht des zu Tode verurteilten Deserteurs und Zeitzeugen Ludwig Baumann wird dies ebenso eindringlich wie erschütternd dokumentiert.

Wenig erfreulich war die von der Cdu und vor allem von deren Ratsherrn und ehem. Kommandeur Wilfried Lorenz vorgebrachte Militärverherrlichung General Paul von Lettow-Vorbeck. Dieser war während der Kolonialzeit an der brutalen Niederschlagung des Befreiungskampfes der Hereros in Afrika als Offizier beteiligt und später maßgeblich am Kapp-Putsch - als Haupttreiber, neben Noske, um die aufkommende Demokratie zu zerstören.

Ratsherr Lorenz erhielt dann auch die passende Unterstützung von der rechten Seite dazu.

Ratsherr Böning aus der Gruppe WfH sympathisierte mit der Rede und sprach Ratsherrn Lorenz Mut zu.

Oberbürgermeister Weil hat sich eindeutig von den Ausführungen distanziert und eindeutig dagegen Stellung bezogen und eine Entschuldigung gefordert. Wie es im Wortprotokoll der Ratssitzung nachzulesen ist.

Ich habe damals seine Ausführungen gleich zweimal lobend unterstützt.

Nachträglich betrachtet hätte auch einmal gereicht. Denn zu der im Nachdruck der Schloss-Broschüre stehenden 2 Seitigen Nazi-Propaganda war er - trotz Aufforderung –nicht zur distanzierenden Erklärung zu bewegen.

Dies zeigt eine etwas merkwürdig verbogene Gradlinigkeit des Herrn Oberbürgermeisters auf.

Sehr geehrte Damen u. Herren,

wir Linken werden den Weg zur sozialen Gerechtigkeit gemeinsam finden und mit aller Deutlichkeit auch aufzeigen, dies wird vor allem deshalb gelingen, weil wir zumindest in den Aktionsformen vereint sind und unsere Ziele mit Gewerkschaften und den außerparlamentarischen Initiativen gemeinsam erkämpfen werden. Darin liegt aber auch unsere besondere Stärke im demokratischen Kampf um eine sozial gerechte Gesellschaft.

Unsere weiteren Anträge liegen ihnen zur anschließenden Haushaltsberatung vor. Wenn sie unseren gesellschaftlich notwendigen Vorschlägen und unseren sozial gerechtfertigten Anträgen zustimmen, so könnten wir dem Haushalt zustimmen. Wenn nicht, ist der Haushalt wegen seiner unverantwortlich hohen Verschuldung, mit der sie die nachfolgende Generation belasten und wegen der sozialen Schieflage abzulehnen.

Ich danke ihnen fürs Zuhören.